

wegen der bevorstehenden Abreise der Regierung, bedeutend einzuschränken.

General Klembowski bestätigt in einem Zeitungsintraview, daß an der Rigafont ganze Divisionen ihre Stellungen eigenmächtig verlassen haben. Die Zahl der Deserteure sei sehr groß.

Kornilow's Truppen in Gatschina.

Amsterdam, 12. September. Das „Neuter-Bureau“ meldet aus Petersburg: Die Blätter verzeichnen das Gerücht, daß die ersten Truppenabtheilungen Kornilow's bereits in Gatschina eintrafen. Der Kosakenhauptmann Kaledin soll von der Regierung verlangt haben, daß sie das Ultimatum Kornilow's annehme, da er sonst die Verbindungen zwischen Petersburg und Moskau abschneiden würde. Den Blättern zufolge sollen sich der neuernannte Generalissimus Klembowski und die an der Westfront kommandierenden Generale an Kornilow angeschlossen haben.

Die Ministerliste Kornilow's.

Amsterdam, 12. September. Das „Neuter-Bureau“ meldet aus London: „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg, daß die von Kornilow aufgestellte Ministerliste nebst Vertretern der rechtsstehenden Parteien auch den Namen des Arbeitervertreters in der ersten Duma Aladin, dem Kornilow das Justizministerium zudachte, enthält.

Kornilow's Ultimatum.

Amsterdam, 12. September. Das „Neuter-Bureau“ meldet aus Petersburg vom 10. d.: „Sveffia“ schreibt, daß Kornilow in den letzten Tagen, um sich den Erfolg zu sichern, allmählig die revolutionären Truppen aus Petersburg entfernte und durch Kosaken und andere Reiterei ersetzte. Den Blättern zufolge wußten die Truppen nicht, worum es sich handelte, und glaubten, daß ein maximalistischer Aufstand unterdrückt werden soll. Der Generalstabschef Kornilow's, Sakowski, telegraphierte an Kerenski, daß die Lage an der Front sehr ernst werden würde, wenn die Regierung die Forderungen Kornilow's nicht erfüllt. Die Nachricht von Kornilow's Ultimatum wurde erst gestern spät Abends bekannt und verursachte großes Aufsehen. Der Ministerrath berieth gestern Abend und während eines großen Theiles der Nacht. Auch das ausführende Comité des Arbeiter- und Soldatenrathes versammelte sich gestern Abends und beschloß unter Beifall, die vorläufige Dumakommission zu verhaften.

„Central News“ melden aus London: Das Londoner Pressbureau theilt mit, daß es keine Bestätigung der angeblichen Ermordung Kerenski's erhielt.

Völkerrechtsbruch Amerikas.

Diebstahl deutscher Chiffredepeschen aus Argentinien. — Die Depeschenvermittlung durch Schweden. — Konflikt zwischen der Union und Schweden.

Hamburg, 11. September.

Laut einer „Neuter“-Meldung hat das amerikanische Staatsamt des Aeußern auf die Post des schwedischen Gesandten in Buenos-Ayres an seine Regierung in Stockholm ihre Hand gelegt, mit anderen Worten, diese Post gestohlen und darunter Telegramme des deutschen Gesandten Grafen Zuzenburg gefunden, die sich auf den Unterseebootkrieg beziehen. „Neuter“ versucht nun, durch diesen Fund die Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland zu trüben. Lansing veröffentlicht der Vorlaut der von der schwedischen Gesandtschaft in Buenos-Ayres weitergeleiteten chiffrierten Depesche des deutschen Gesandten; angeblich sollen darin für den Unterseebootkrieg werthvolle Informationen zwecks Vernichtung der auslaufenden Schiffe enthalten sein.

Die Regierung der Vereinigten Staaten droht Schweden mit dem Abbruch der Beziehungen, weil es angeblich die Neutralitätspflichten verletzte. Andere Meldungen besagen, daß die Abberufung des schwedischen Gesandten sowie die völlige Beurtheilung seiner Handlung von Amerika verlangt werden.

England gibt sich jedoch damit nicht zufrieden und fordert scharfe Maßnahmen gegen Schweden.

Die Erklärung der deutschen Regierung.

Berlin, 11. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Zur Klarstellung“: Die deutsche Regierung nahm in der That die Hilfe der schwedischen Regierung in Anspruch, um die Nachrichten von und nach den neutralen Ländern gelangen zu lassen, wovon sie durch das völkerrechtswidrige Verhalten der britischen Regierung und ihrer Bundesgenossen abgeschnitten wird. Die britische Regierung unterband in vollem Widerspruch zu Art. 1 des von ihr ratifizirten 11. Haager Abkommens über gewisse Einschränkungen der Ausübung des Seebeuterechtes im Vergleich mit ihren Verbündeten von Kriegsbeginn an nicht nur den unmittelbaren Schiffsverkehr ihrer Segner mit den neutralen Ländern, sondern sogar den Nachrichtenverkehr zwischen den neutralen Ländern selbst in der rechtsichslosesten Weise. Es ist daher selbstverständlich, wenn neutrale Regierungen ihr gutes Recht, den Nachrichtenverkehr der Kriegführenden mit anderen Neutralen zu vermitteln, auch in der Form ausüben, daß sie deren amtliche Chiffretelegramme weiterbefördern. Das thut sogar die Regierung der Vereinigten Staaten, als sie ihre äußere Neutralität noch aufrecht erhielt, indem sie in zahlreichen Fällen die Beförderung chiffirter deutscher amtlicher Telegramme übernahm. Wie in der schwedischen Presse festgestellt wird, liegt in solchem Verhalten keine Neutralitätsverletzung, zumal die schwedische Regierung, wie aus dem Communiqué erhellt, ähnliche Dienste auch den Vereinigten Staaten für den Telegraphenverkehr durch Dänischland nach dem Orient leistete.

Die Stellungnahme der schwedischen Regierung.

Stockholm, 11. September. („Svensta Telegram Byran.“) In Folge der Anschuldigung des Staatssekretärs Lansing hat das schwedische Ministerium des Aeußern am Montag Abend folgende Erklärung abgegeben: Das Ministerium hat keine Mittheilung über die Uebermittlung der in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erwähnten Telegramme erhalten. Bereits im Laufe des Sommers 1915 wurde von Seiten Englands der Wunsch ausgesprochen, daß die Uebermittlung von Telegrammen zwischen Deutschland und Nordamerika aufhöre. Eine formelle Reklamation wurde nicht erhoben, aber der damalige Minister des Aeußern glaubte dem ausgesprochenen Wunsch Rechnung tragen zu sollen. Dagegen war der Minister des Aeußern, der mit dem englischen Gesandten eine Besprechung gehabt hatte und über die Tragweite dieser Verhandlungen auf dem Laufenden war, nicht der Meinung, daß ein Hinderniß vorliege, Telegramme nach anderen neutralen Ländern, wie zum Beispiel nach Argentinien zu senden. In Folge dessen haben Transmissionen von Telegrammen mit diesem Laude stattgefunden. Nach der amerikanischen Mittheilung waren die jetzt in Frage stehenden Telegramme in Geheimsprache abgefaßt und in Folge dessen für den transmittirenden Theil nicht entzifferbar. Wir sind nicht in der Lage, festzustellen, ob diese Telegramme jenen Inhalt hatten, der ihnen zugeschrieben wird. Die erste Maßnahme ist nothwendigerweise die, eine Aufklärung von Deutschland zu verlangen. Es ist gewiß, daß für den Fall, als bewiesen werden sollte, daß Mißbräuche vorgekommen sind, die entsprechenden Maßnahmen werden getroffen werden, um eine Wiederkehr solcher Fälle auszuschließen, und zwar unabhängig von etwaigen Schritten. Weder von Seite der Vereinigten Staaten, noch von Seite Englands ist, sei es früher, sei es jetzt, ein Schritt wegen Unterlassung der Transmission von Telegrammen zwischen Schweden und Argentinien unternommen worden. Nichtsdestoweniger ist diese Angelegenheit von der Presse vor die Oeffentlichkeit gebracht worden. Ein von zuständiger Stelle in offizieller oder halb-offizieller Weise zum Ausdruck gebrachter Wunsch hätte gleichwohl unverzüglich eine günstige Aufnahme gefunden.

Die Drangsalirung Schwedens.

Washington, 11. September. („Neuter.“) Das Staatsdepartement hat bekanntgegeben, daß man für

die Ausfuhr von Waaren nach Schweden den fünfzig greifbare Beweise dafür verlangen werde, daß die Waaren in Schweden selbst benötigt werden und nicht schließlich Deutschland zugute kommen. Bisher hat man sich mit der Versicherung der schwedischen Regierung begnügt.

Italien beteiligt sich an der Feinde gegen Schweden.

Lugano, 11. September. Wiewohl der schwedische Gesandte in Rom Baron Bildt durch vielgerühmte, jahrzehntelange Amtsführung das Recht auf besonderes Vertrauen und Ansehen erworben hat, beissen sich die italienischen Zeitungen gemäß einer nordamerikanisch-englischen Parole, gegen Schweden und seine diplomatische Vertretung die niederträchtigsten Anschuldigungen vorzubringen. Die „Tribuna“ schreibt bezeichnend: Wir haben im Hause den Vertreter einer Regierung, deren geistige und praktische Bande mit den Feinden nunmehr außer Zweifel sind. Durch sie können jeden Tag und jeden Augenblick an den Feind politische und militärische Nachrichten aller Art aus unserem Hause hinausgehen. Es ist unmöglich, daß ein solcher Zustand auch nur einen Augenblick bestehen bleibe und diesem Vertreter das diplomatische Vorrecht belassen werde. Daneben verlangen die Blätter eine Verschärfung der Bloade gegen Schweden.

Haag, 12. September. (Privat-Telegramm.)

„Daily Chronicle“ meldet aus Washington: Eine offiziöse Meldung des „New York Herald“ besagt, daß die amerikanische Regierung die Rückberufung des schwedischen Gesandten aus Buenos-Ayres und den Rücktritt des gesammten schwedischen Kabinetts erwarte. Die gesammte amerikanische Ausfuhr nach Schweden ist stillgelegt.

Rotterdam 11. September. Wie verlautet, ist der niederländische Dampfer „Heroine“, der mit Kohlen für die schwedische Regierung von Rotterdam ausgelaufen war, nach England gebracht worden.

Aus dem Abgeordnetenhanse.

Vorstellung des Kabinetts Welerle. — Eine Debatte über das Regierungsprogramm. — Eine Kontroverse Tija-Andrassy.

Unter allen äußeren Anzeichen eines großen parlamentarischen Ereignisses fand heute die Vorstellung des neuen Kabinetts Welerle im Abgeordnetenhanse statt. Ein dichtbesetzter Saal, bis auf das letzte Plätzchen volle Galerien bildeten den Rahmen zu dem seit Wochen erwarteten Debut des neuen Regierungschefs. Man mußte ziemlich lange warten, ehe an die Programmrede die Reihe kam. Ein überaus langer Einlauf verzögerte den Beginn der Erklärungen des Premiers. Dr. Welerle hielt sich in seiner Antrittsrede streng an die Motivirung seiner Aufgaben ohne redunerische Floskeln und unter Vermeidung aller Behelfe der Eloquenz. Trotdem waren seine Ausführungen von unverkennbarer Wirkung. Schon seine einleitenden Aeußerungen über das Wahlrecht als auch die daran geknüpften Drohung mit der Auflösung des gegenwärtigen Reichstages riefen auf allen Seiten Bewegung hervor. Der weitere Theil seiner Ausführungen war seinen eigenen Plänen und Absichten gewidmet und dieser Theil zog größere Aufmerksamkeit auf sich, denn hier war Welerle nicht mehr an die Erklärungen seines Vorgängers gebunden. Großes Aufsehen erregte es, daß er der jüngsten famosen Verordnung des Ministers des Innern über die Ausweisung der Fremden auffallend viel Zeit widmete, wodurch erwiesen war, daß der Ministerpräsident den nachtheiligen Eindruck dieser Verordnung gutzumachen bestrebt war. Außerordentlich wirkungsvoll war seine Erklärung über die Friedensgeneigtheit der Monarchie. Hier hatte er das ganze Haus auf seiner Seite. Die einstündige Rede wurde von den Regierungsparteien mit stürmischem Beifall belohnt, aber auch die Nationale Arbeitspartei brachte derselben volle ungetheilte Aufmerksamkeit entgegen.

Ueber die Rede des Ministerpräsidenten entwidelte sich sofort eine äußerst angeregte Debatte, die mit einer längeren Rede des Grafen Stephan